

Zweites Ziel

Um die erste deutsche Fixerstube tobt ein skurriler Juristenstreit. Eine Senatorin ist vorgeprescht, Staatsanwälte ermitteln.

Das wohl umstrittenste Fahrzeug in Deutschland macht einen properen Eindruck: Deckchen liegen auf den Tischen, der Fußboden ist gewischt, die Nirosa-Spülen glänzen.

Zwei Schilder verbieten das Rauchen, in weißen Schränken stapeln sich Spritzen, Salben und Tupfer. 35 000 Mark hat der ausrangierte Linienbus der Hamburger Verkehrsbetriebe gekostet, weitere rund 140 000 Mark der Umbau.

Mit dem blitzblanken Sechszylinder, 200 PS stark, versucht jetzt Hamburgs Sozialsenatorin Helgrit Fischer-Menzel (SPD), die restriktive Drogenpolitik der Bundesregierung zu umfahren. Der Blockadebrecher, so ließ ihr Amt vollmundig verlauten, sei ein „einmaliges Angebot für die Konsumenten harter Drogen“; den Junkies solle auf seinen Bänken ein „streßfreier, einigermaßen hygienischer und risikoärmerer Drogenkonsum ermöglicht werden“.

Das „Drug-Mobil“, seit knapp drei Wochen in Betrieb, hat jedoch einen Haken: Sogenannte Fixerstuben, in der Schweiz etwa längst üblich, sind in Deutschland noch immer verboten.

Wer einem der rund 100 000 Junkies die „Gelegenheit zum unbefugten Verbrauch“ von Rauschgift gibt, dem droht das Betäubungsmittelgesetz mit bis zu fünf Jahren Haft. Strafbar macht sich schon, wer Süchtigen eine solche Gelegenheit „öffentlich mitteilt“.

„Wir sind manchmal gezwungen, Gesetze zu befolgen, die wir nicht für sinnvoll halten“, sagt Hamburgs Generalstaatsanwalt Arno Weinert, 60. Zwar glaubt auch er, Fixerstuben seien „notwendig, weil sie Leben retten“. Gleichwohl haben seine Beamten ein Vorermittlungsverfahren eingeleitet gegen die Senatorin und gegen die Betreiber des Wagens, den Hamburger Verein „Freiraum“. Ob der Bus (Szene-Jargon: „Spritzenwagen“) weiter fahren darf, hängt nun davon ab, wer am geschicktesten Haare spaltet.

„Das ist doch ein ideologisches Scheingefecht“, schimpft Freiraum-Geschäftsführer Norbert Dworsky, 47. Der ganze Hamburger Stadtteil St. Georg beispielsweise sei „eh schon ein Fixerraum“. Auf der Straße und in Hauseingängen setzen sich Junkies ihren Schuß,



Fixer-Betreuerin im Hamburger Drogenbus: Vitaminsaft und Spritzen

benutzte Spritzen landen auf Spielplätzen. Deshalb müsse, so Dworsky, „jeder sagen: her mit den Fixerstuben“.

Gleichwohl beteiligt sich der Sozialarbeiter an der Wortklauberei. Seine rolle Fixerstube sei in Wahrheit ein „Gesundheitsraum“, in dem es eher nebenbei möglich sei, „daß die Leute sich mal einen Druck wegmachen“.

Zunächst noch zwei weitere solcher Räume plant der Verein mit Geld vom Senat. Der Bus sei dabei, so Dworsky, „erst mal die Minimallösung“.

Im vorderen Drittel des Busses können Junkies an vier Tagen pro Woche ihre benutzten Spritzen gegen neue tauschen. Im mittleren Teil beraten zwei Sozialarbeiter die Süchtigen bei Vitaminsaft oder Wasser. Sie vermitteln Therapieangebote oder erklären den Junkies, wo und wie sie ihre Spritzen setzen müssen, um Abszesse zu vermeiden. Täglich kamen bislang etwa zehn „Klienten“ (Dworsky) zum Bus im Stadtteil Billstedt: „Die beschnuppern uns erst mal.“

Im hinteren Drittel, dem sogenannten Sanitätsbereich, versuchen zwei Krankenschwestern, die Süchtigen medizinisch aufzupäppeln. Dort auch können sich die Junkies ihre Spritzen setzen.

Schon im Haushalt des vergangenen Jahres hatte der Senat der Hansestadt rund 2,2 Millionen Mark für Fixerstuben eingeplant. Die Zeit schien günstig für einen Bruch des Tabus.

Der oberste Rauschgiftbekämpfer des Landes Hessen, Oberstaatsanwalt Harald Hans Körner, 49, legte im Sommer vergangenen Jahres ein feinsinniges Rechtsgutachten vor. Danach werde den Junkies in Fixerstuben mitnichten die strafbare „Gelegenheit“ verschafft, Heroin zu spritzen. Es werde ihnen vielmehr nur straffrei „die Möglichkeit“ geboten, „hygienisch und streßfrei“ zu fixen (SPIEGEL 29/1993).

„Das klingt nach einem Eiertanz“, gibt Körner zu, „die hauchdünne Trennlinie“ sei „schwer zu sehen“. Legal sei

ein Fixerraum, wenn der Kreis der Konsumenten dadurch nicht ausgedehnt werde, wenn die Junkies beraten und betreut und Dealer rausgeworfen würden. Dann verhalte sich ein Betreiber so einwandfrei wie ein Obsthändler, der einem Junkie die Zitrone verkauft, die der Süchtige für seinen Heroinsud braucht.

Auch der Hamburger Ermittler Weinert sah noch im Juli „strafrechtlich keine Probleme“, wenn es in den Fixerstuben „nicht primär“ um die Gelegenheit gehe, „sich clean den Schuß zu setzen“.

Guten Mutes machte sich der Verein Freiraum im Auftrag der Stadt auf die Suche nach geeigneten Räumen. In den Stadtbezirken aber bissen die Abgesandten, so Dworsky, „auf Granit“. Private Vermieter winkten ab, öffentliche Gebäude gab es zunächst nicht.

Dann fiel auch noch Generalstaatsanwalt Weinert um. Im Sommer habe er gehofft, daß sich die „Rechtsauslegung ändert“, sagt er; heute könne er sich aber „leider nicht mehr vorstellen, daß das legal ist“. Das Körner-Gutachten sei „noch keine Mehrheitsmeinung“ geworden.

Er hätte, so Weinert, den Senat vor der Einweihung des Wagens gewarnt: „Ihr könnt das nicht als Drug-Mobil anbieten.“ Denn mit diesem Namen und der großspurigen Ankündigung der Senatorin sei klar, daß „Fixen zumindest zweites Ziel ist“.

Die Junkie-Betreuer im Bus üben nun den Rückzug in Millimetern. Im mittleren Teil hängt eine Hausordnung, Punkt eins: „Kein Konsum von Drogen.“ Noch, so windet sich Michael Joho, 36, einer der Sozialarbeiter, gelte dieses Verbot „nicht für den hinteren Teil“ des Drug-Mobils. Dort könne er „nicht verhindern, daß sich jemand einen Schuß setzt“. Die Ermittlungen der Staatsanwälte, hofft Joho, „werden in den nächsten Tagen zeigen, wie weit das hinten gehen kann“.

Dabei ist der ganze Streit bislang blanke Theorie: Noch hat sich kein Junkie getraut, im Bus Heroin zu drücken. □